

3. Dezember 2010

Öko-Vergabe

Verband Bauwirtschaft fordert Umdenken bei öffentlicher Auftragsvergabe.

Mannheim. Die Baubranche ist maschinen- und energieintensiv. Zwangsläufig entsteht deshalb beim Betrieb einer Baustelle das Treibhausgas Kohlendioxid (CO₂), welches in die Luft geblasen wird. Dies ist im Regelfall unvermeidbar.

„Vermeidbar sind aber unnötige zusätzliche Klimabelastungen, die dadurch entstehen, dass die öffentliche Hand auch bei überschaubaren Losgrößen Aufträge an Unternehmen vergibt, die teilweise überhaupt nicht in der Region ansässig sind und deshalb hunderte von Kilometern vom Betriebsitz zur Baustelle zurück legen müssen“, so Thomas Möller, Hauptgeschäftsführer des Verbandes Bauwirtschaft Nordbaden e.V., Mannheim.

Häufig sei zu beobachten, so Möller, dass die öffentliche Hand ausschließlich auf den Preis als entscheidendes Kriterium für einen Zuschlag abstelle, weswegen es keine Seltenheit sei, dass auch Unternehmen aus den entferntesten Winkeln der Republik beauftragt würden. Dies führt zwangsläufig dazu, dass zumindest für die Baustelleneinrichtung und bei Beendigung Personal und schweres Gerät über weite Strecken transportiert werden muss. Dass hiermit ein hoher Kohlendioxidausstoß verbunden ist, liegt auf der Hand.

Der Verband Bauwirtschaft Nordbaden e.V. fordert deshalb, dass bei einer Auftragsvergabe auch die Nähe des Betriebes zum Einsatzort als ökologischer Gesichtspunkt eine Rolle spielen muss. Hierdurch würden Umweltbelastungen vermieden und gleichzeitig auch die regionale Bauwirtschaft gefördert.